

## Beratungsfolge

Gremium	Datum	Status	Zuständigkeit
Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration	11.06.2026	Ö	Entscheidung

<b>Freigabedatum:</b> 21.05.2026	<b>Gestellt von:</b> CDU-Fraktion, SPD-Fraktion
----------------------------------	---

## Prüfung einer Einrichtung eines klar strukturierten Notfallverfahrens für dringende Anliegen bei der Ausländerbehörde (Ausländeramt) der Stadt Mülheim an der Ruhr

### Antrag der Fraktionen von CDU und SPD

#### Beschlussvorschlag

Die Fraktionen von CDU und SPD beantragen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Abstimmung mit der Ausländerbehörde (Ausländeramt) der Stadt Mülheim an der Ruhr, die Einrichtung ein klar definierten, transparenten und verbindlichen Notfallverfahren für besonders dringende Anliegen zu prüfen.

Dieses Verfahren soll insbesondere folgende Elemente umfassen:

- 1. Ein transparentes und praktisch zugängliches System zur Erlangung eines Notfall- („Gelb-“)Tickets**, das sicherstellt, dass dringende Anliegen realistisch und zeitnah bearbeitet werden können.

Vorgeschlagen wird folgender Rahmen:

- Ein festes und öffentlich kommuniziertes tägliches Kontingent an Notfalltickets.
- Persönliches Erscheinen am Eingang der Ausländerbehörde vor 06:00 Uhr zur Anmeldung eines dringenden Anliegens.
- Ausgabe nummerierter Notfall- (Gelb-)Tickets ausschließlich in der Reihenfolge des Erscheinens.
- Verbindliche Zusicherung, dass Inhaberinnen und Inhaber eines solchen Notfalltickets entweder noch am selben Tag oder spätestens innerhalb derselben Woche persönlich angehört und ihr Anliegen bearbeitet wird.

- 2. Die priorisierte Bearbeitung besonders zeitkritischer Fälle, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Fälle wie:**

- drohender Verlust eines Arbeitsplatzes aufgrund fehlender oder ablaufender Aufenthaltstitel,
- verbindlich festgelegte Arbeitsaufnahmen, die gültige Dokumente voraussetzen,
- medizinische Notfälle,
- Todesfälle oder schwere Erkrankungen naher Familienangehöriger im Ausland,
- dringend benötigte Reisedokumente,
- eilbedürftige Einbürgerungsverfahren, wenn die Einbürgerungsurkunde unmittelbar aus beruflichen Gründen oder zur Beantragung eines deutschen Reisepasses benötigt wird.

- 3. Zur Schaffung einer praktikablen Möglichkeit zur Prüfung von Fällen mit dringendem Bearbeitungsbedarf im Einbürgerungsverfahren. Die Gründe für einen entsprechenden Antrag sind insbesondere dann als ausreichend anzusehen, wenn Antragstellende die Einbürgerungsurkunde aufgrund zwingender Umstände benötigen, insbesondere, aber nicht abschließend, in**

#### **folgenden Fällen:**

- dringende medizinische Behandlung im Ausland,
- Teilnahme an Beerdigungen oder Hochzeiten naher Familienangehöriger,
- Besuch oder Pflege schwer erkrankter naher Familienangehöriger im Ausland,
- drohender Verlust beruflicher Chancen oder
- wahrscheinlicher Verlust des derzeitigen Arbeitsplatzes aufgrund von Umständen, die außerhalb des Einflussbereichs der antragstellenden Person liegen.

#### **4. Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss über die rechtliche Zulässigkeit, die organisatorischen Voraussetzungen sowie die praktische Umsetzbarkeit eines solchen Verfahrens zu berichten.**

Dabei wird die Verwaltung zudem aufgefordert, folgende Fragen zu beantworten:

- A. Aus welchen Gründen wurde bislang kein vergleichbarer strukturierter Notfallzugang eingerichtet?
- B. Welche strukturellen, personellen oder organisatorischen Anpassungen wären erforderlich, um ein solches System kurzfristig einzuführen?
- C. Wie notwendig erachtet die Verwaltung – insbesondere die Leitung der Behörde – diese Maßnahme, um die aufenthaltsrechtlichen Anliegen der migrantischen Bevölkerung in Mülheim an der Ruhr wirksam zu verbessern und zu erleichtern, insbesondere im Vergleich zur bisherigen, als unzureichend wahrgenommenen Leitungspraxis innerhalb derselben Behörde?

**Wir bitten um eine Stellungnahme, was wann und wie – inklusive möglicher finanzieller Auswirkungen - umgesetzt werden kann, in der Sitzung des Ausschusses am 14. September 2026.**

#### **Sachverhalt**

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger mit internationaler Einwanderungsgeschichte berichten seit geraumer Zeit von erheblichen Schwierigkeiten bei der Terminvergabe und der zeitnahen Bearbeitung ihrer Anliegen bei der Ausländerbehörde (Ausländeramt) der Stadt Mülheim an der Ruhr.

Wiederholt wird festgestellt, dass:

- Termine über das Online-Portal häufig nicht verfügbar sind,
- verfügbare Termine oft erst mehrere Monate später angeboten werden; zu diesem Zeitpunkt ist der ursprüngliche Anlass des Termins vielfach bereits entfallen, sodass Betroffene mit erheblichen rechtlichen, beruflichen oder persönlichen Nachteilen konfrontiert sind,
- verbindliche Fristen von Arbeitgebern, Hochschulen oder Behörden nicht eingehalten werden können,
- dringende familiäre oder medizinische Angelegenheiten nicht zeitnah berücksichtigt werden.

In der Praxis stellt die Terminbuchung derzeit den primären – oftmals einzigen – Zugang zur Behörde dar. Ohne bestätigten Termin ist eine inhaltliche Prüfung des Anliegens in der Regel nicht möglich. Dies führt dazu, dass selbst in existenziellen Notlagen – etwa bei drohendem Arbeitsplatzverlust, dringend erforderlichen Auslandsreisen aus familiären Gründen oder akuten medizinischen Situationen – keine kurzfristige Lösung erreichbar ist.

Auch Verzögerungen in Einbürgerungsverfahren können zu unverhältnismäßigen Belastungen führen, insbesondere wenn die Einbürgerungsurkunde kurzfristig benötigt wird, um eine Arbeitsstelle anzutreten oder einen deutschen Reisepass für zeitkritische Reisen zu beantragen. Hierzu zählen insbesondere medizinische Notfälle, Beerdigungen, Hochzeiten oder der Besuch schwer erkrankter naher Angehöriger im Ausland.

Es ist unbestritten, dass die Ausländerbehörde unter erheblichem Arbeitsaufkommen und strukturellen Herausforderungen arbeitet. Gleichwohl erscheint es bis zur nachhaltigen Umsetzung grundlegender Verbesserungen sachgerecht und erforderlich, ein klar geregelter

Übergangsverfahren für akute Härtefälle einzuführen.

Mehrere Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben vergleichbare Notfall- oder Vorsprachesysteme eingeführt, um besonders dringende Fälle zeitnah zu bearbeiten. Die Einführung eines ebenso transparenten und strukturierten Verfahrens in Mülheim an der Ruhr würde dazu beitragen, vermeidbare soziale und wirtschaftliche Härten zu verhindern und das Vertrauen in die kommunale Verwaltung zu stärken.

Das vorgeschlagene Modell der frühzeitigen persönlichen Vorsprache in Verbindung mit einer streng geregelten Ausgabe von Notfalltickets stellt einen praktikablen, transparenten und administrativ umsetzbaren Ansatz dar, um sicherzustellen, dass dringende Anliegen entweder noch am selben Tag oder spätestens innerhalb derselben Woche bearbeitet werden.

*Christina Küsters*

CDU-Fraktionsvorsitzende

*Filip Fischer*

SPD-Fraktionsvorsitzender

*Heiko Hendriks*

Ausschusssprecher der  
CDU-Fraktion

*Rahim Benrazavi*

SPD-Fraktion

### **Anlage/n**

Keine